

**Sperrfrist 2. Mai 2007
10.00 Uhr**



Frühjahrs-Medienkonferenz
Mittwoch, 2. Mai 2007

Es gilt das gesprochene Wort

So gewinnt die Schweiz

Zentrale wirtschaftspolitische Postulate für die kommende Legislatur

Gerold Bührer, Präsident economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Wirtschaft ist in voller Fahrt. Unser Land verzeichnet nun schon seit 2004 reale Wachstumsraten von zwei bis drei Prozent. So günstig war die Konjunktorentwicklung seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr. Im letzten Jahr wurden in der Schweiz 50'000 neue Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) geschaffen. Das Wachstum ist breit verteilt. Hinter diesem stehen kleine, mittlere und grosse Unternehmen.

Wir rechnen mit einer anhaltend günstigen konjunkturellen Entwicklung für die Schweiz. Zwar wird sich das Wachstum in den USA abschwächen – und sich der Rate des Potenzialwachstums von 2,5 Prozent nähern –, aber die Entwicklung in Europa, Japan und Asien bleibt kräftig. Im Binnenmarkt bleibt der private Konsum eine starke Stütze des Wachstums. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird sich das Wachstum halten. Die Dynamik bei den Bauinvestitionen wird dagegen zurückgehen. Die Exporte werden erneut kräftig über dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum liegen. Das breit abgestützte Wachstum in unserem Land wird erfreulicherweise begleitet von stabilen Preisen, einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, öffentlichen Haushalten in den schwarzen Zahlen und einem rekordhohen Ertragsbilanzüberschuss.

Selbstverständlich bestehen nach wie vor auch Risiken, die laufend zu überwachen sind. Ich denke insbesondere an die Entwicklung der Energiepreise, Turbulenzen auf den Finanzmärkten oder geopolitische Verwerfungen.

Trotzdem: **Sowohl die aktuelle Lage als auch der Ausblick sind erfreulich.** Von der wirtschaftlichen Prosperität profitiert das ganze Land. **Wachstum ist der Schlüssel für Wohlstand und für die Finanzierung unserer Sozialwerke sowie einen vergleichsweise hohen Umweltstandard.** Der wirtschaftliche Erfolg kommt jedoch nicht von ungefähr. Er basiert neben der positiven weltwirtschaftlichen Entwicklung auf der Durchsetzung der Kernelemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Das sind

Schutz des Eigentums, Rechtssicherheit, Wettbewerb, solide Finanzen, genügend Leistungsanreize und eine tiefe Inflation.

Der wirtschaftliche Erfolg ist jedoch nicht einfach garantiert. Die Unternehmen müssen sich laufend den Märkten anpassen. Das Gleiche gilt für die Staaten im internationalen Wettbewerb. Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sind darum unerlässlich. **Die Reformbereitschaft in unserem Land darf trotz guter Konjunktur nicht erlahmen.** Wir sollten die gute wirtschaftliche Situation für die anstehenden marktwirtschaftlichen Reformen nutzen. Im internationalen Quervergleich steht die Schweiz gut da. Die Herausforderungen für unser Land bleiben vor allem auch deshalb gross, weil die EU als Hauptabsatzmarkt strategisch auch künftig eine Zone unterdurchschnittlichen Wachstums bleiben dürfte.

economiesuisse würde daher ein weiteres Wachstumsprogramm des Bundesrats, das klare marktwirtschaftliche Reformmassnahmen vorschlägt und sich nicht in wenig substanziellen Details verliert, sehr begrüssen.

An der heutigen Medienkonferenz konzentrieren wir uns auf die zentralen wachstumspolitischen Postulate. In der kommenden Legislatur sind **Reformen** in den folgenden Bereichen nach unserer Auffassung **vordringlich**.

Die fünf Wachstumspfeiler:

- 1 Bildung und Forschung: Mehr Mittel und Effizienz, bessere Koordination**
(BFI-Botschaft, Hochschulrahmengesetz, Technologietransfer)
- 2 Energie und Umwelt: Auf Marktkräfte setzen**
(Klimaschutz mit Technologie und Marktwirtschaft, Strommarktöffnung, Stromversorgung sichern)
- 3 Finanzen und Steuern: Standortvorteile laufend verbessern**
(Ausgabenpolitische Strukturreformen, Steuerwettbewerb, USTR II, Reduktion der Gewinnsteuer beim Bund, Mehrwertsteuer, weitere Reformen)
- 4 Wettbewerbspolitik: Öffnung der Märkte**
(Cassis de Dijon, Agrarmarkt, Postmarktreform, Bürokratieabbau, Beschleunigung der Bewilligungsverfahren, Abbau staatlich regulierter Preise, mehr Markt im Gesundheitswesen)
- 5 Aussenwirtschaftspolitik: Alle Spielräume nutzen**
(Bilaterale, WTO, Freihandelsabkommen)

Nur so kann die Schweiz auch weiterhin eine Spitzenposition unter den Industrienationen behalten und das notwendige Wirtschaftswachstum generieren. Sicher ist: Wachstum bleibt zentral. Das schliesst jedoch auch die Verantwortung gegenüber unserer Umwelt mit ein. Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit sind aus meiner Sicht kein Gegensatz. Erfolgreiches Wirtschaften bildet sogar die Voraussetzung für ökologischen Fortschritt.

Ich habe schon bei meiner ersten Medienkonferenz als Präsident von economiesuisse betont, dass ich **economiesuisse als positive Reformkraft positionieren** möchte. Deshalb stellen wir die heutige Pressekonferenz unter das Motto „So gewinnt die Schweiz“. **Marktwirtschaftliche Reformen stärken unser Land und verbessern unsere Chancen im internationalen Wettbewerb.**

So gewinnt die Schweiz.

- **Patrick Odier, Vizepräsident von economiesuisse**, wird sich nun zu Fragen der Nachhaltigkeit und zur Energiepolitik äussern: „Énergie et environnement: rester en tête du peloton, mais éviter le cavalier seul.“
- **Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse**, erläutert unsere aussenpolitische Position: „Mit der EU und der ganzen Welt verbunden.“

Patrick Odier und Rudolf Ramsauer haben die Wachstumspfeiler „Energie und Umwelt“ sowie „Aus-senwirtschaft“ beleuchtet. Gestatten Sie mir nun noch einige zentrale Bemerkungen zu „Bildung und Forschung“, „Finanzen und Steuern“ sowie „Wettbewerbspolitik“.

Bildung und Forschung: Mehr Mittel und Effizienz, bessere Koordination

Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft gehen grundsätzlich mit Innovation sehr gut um. Die Schweiz belegt auf dem jüngsten Innovationsscorebord der EU den zweiten Platz. Selbstverständlich sind in einem marktwirtschaftlichen System die primären Träger von Innovation Unternehmer und Unternehmen mit ihren motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Innovation ist nicht das Ergebnis einer staatlich gelenkten Technologie- und Innovationspolitik. Zu einem innovationsfreundlichen Klima trägt staatliche Zurückhaltung bei Regulierungen bei. Nur so können sich gerade KMU positiv entfalten. Bürokratie bremst den Innovationsprozess.

Innovation ist aber auch auf Bildung und Forschung angewiesen. **Deshalb tritt die Wirtschaft mit Nachdruck für ein leistungsfähiges Bildungs- und Forschungssystem ein.** Dafür müssen genügend finanzielle Mittel vorhanden sein. Die 21,2 Mrd. Franken der BFI-Botschaft und die jährliche Wachstumsrate von sechs Prozent sind ein deutliches Zeichen für die Priorisierung von Bildung und Forschung. economiesuisse hat darum beschlossen, den Bundesrat bei der BFI-Botschaft zu unterstützen. Der Mitteleinsatz ist zwingend erforderlich, damit die Schweiz ihren guten Platz in der globalen Wissensgesellschaft halten kann. (Folie 1: Ausgaben F+E international 2004 % des BIP)

Allerdings ist der Mitteleinsatz nur das eine. **Die finanziellen Mittel müssen auch richtig eingesetzt werden. Sie müssen in jenen Bereichen eingesetzt werden, wo die grössten Impulse erwartet werden können:** Berufsbildung, angewandte Forschung und Entwicklung, Hochschulen und Grundlagenforschung in den für die Volkswirtschaft zentralen Disziplinen. Wir können nicht alles tun. Damit der Mitteleinsatz gezielt erfolgt, sind strukturelle und organisatorische Anpassungen unerlässlich. Das Hochschulrahmengesetz ist raschmöglichst zu realisieren. Besonders wichtig scheinen uns die Förderung der Naturwissenschaften und die forcierte Ausbildung bei den technischen Berufen. Auch die Berufsbildung darf nicht vernachlässigt werden.

Damit Bildung und Forschung auf einen fruchtbaren Boden fallen, ist aber auch das Umfeld zentral. Es braucht eine Gesellschaft, die offen ist für Neues. Wir tendieren dazu, völlig überhöhte und selektive Risiken zu sehen und die Chancen von Neuem unter den Tisch zu wischen. Und es ist darauf hinzuweisen, dass Bildung und Forschung langfristige Prozesse sind, die auf die Verlässlichkeit des Mittel-flusses zählen müssen. Ein Hüh und Hott ist bei Bildung und Forschung sinnlos.

Finanzen und Steuern: Standortvorteile laufend verbessern

Im internationalen Standortwettbewerb sind Finanzen und Steuern nach wie vor ein zentraler Faktor. (Folie 8: Ausgabenwachstum pro Aufgabengebiet) economiesuisse hat sich deshalb in der Vergangenheit stets mit Nachdruck für eine Sanierung der Bundesfinanzen eingesetzt. Wenn die Bundesfinanzen

vorläufig im Lot sind, dann hat dies auch mit unserem steten Druck zu tun. Allerdings ziehen bereits wieder die nächsten Gewitterwolken auf. Die gegenwärtig gute Finanzlage droht bereits da und dort die finanzpolitische Disziplin zu durchlöchern. Das dynamische Wachstum des Sozialbereichs verdrängt andere Bundesaufgaben immer mehr. (Folie 9: Sozialaufgaben verdrängen andere Staatsaufgaben) **Diese Entwicklung muss daher mit tief greifenden Strukturreformen und einer unvoreingenommenen Aufgabenprüfung angegangen werden.** Darin sehen wir finanzpolitisch eine der Hauptaufgaben der kommenden Legislatur.

In der Steuerpolitik konnte mit der Unternehmenssteuerreform II ein wichtiger Schritt zur Entlastung der KMU unternommen werden. De facto haben bereits sämtliche Industrienationen eine Entlastung bei der Gewinnbesteuerung eingeführt. (Folie 13: Effektive Besteuerung der Dividenden (2005)) Die Vorlage entschärft nicht nur die Doppelbesteuerung von Gewinnen bei Aktiengesellschaften und Aktionären. Sie bietet auch für Personengesellschaften eine ganze Reihe wichtiger Verbesserungen. Das Referendum der Linken ist ideologisch motiviert. So versucht die SP gegen „Grossaktionäre“ Stimmung zu machen, in der Realität wird die Vorlage jedoch Unternehmer, Personengesellschaften, Familiengesellschaften und KMU in allen Regionen und Branchen stärken. Dadurch entstehen Arbeitsplätze und Wachstum. economiesuisse wird sich zusammen mit einer breiten Allianz mit Nachdruck für die Vorlage einsetzen. Erfreut sind wir auch über die Lösung des Problems der indirekten Teilliquidation. Sie liegt im Interesse der Nachfolgeplanung bei Unternehmen.

Steuerreformen müssen angesichts des harten internationalen Standortwettbewerbs eine Daueraufgabe bleiben. Die eingeleitete Vereinfachung der Mehrwertsteuer muss die Unternehmen administrativ entlasten und sollte das Ziel eines Einheitssteuersatzes nicht aus den Augen verlieren. Wir betrachten die Bemühungen für eine möglichst weitgehende Annäherung an eine für die Unternehmen neutrale Konsumsteuer als richtig und werden sie unterstützen. Nur so kann unser Land im internationalen Standortwettbewerb einen Spitzenplatz behalten. **Als Nicht-EU-Land sind wir souverän und sollten unsere steuerpolitischen Freiräume auch weiterhin nutzen.** Zum Beispiel ist der aktuelle Reformprozess in den Kantonen sehr zu begrüßen. **Angesichts der deutlichen Absenkung der Gewinnsteuersätze auf internationaler Ebene ist auch eine spürbare Reduktion der Gewinnsteuer in der Schweiz angesagt.** Dabei ist die Position je nach Kanton unterschiedlich (Folie 14: Entwicklung der Gewinnsteuersätze 1996-2006). Um ihre traditionelle Spitzenposition im Bereich der Gewinnsteuer verteidigen, bzw. ausbauen zu können, ist Handlungsbedarf sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen gegeben. Das haben wir bereits vor zwei Jahren in unserer Studie zum internationalen Steuerwettbewerb klar dargelegt. Im Bereich der Substanzsteuern (Emissions- und Umsatzstempel) ist ebenfalls Handlungsbedarf vorhanden. Zudem soll bei der Bundessteuer der natürlichen Personen die Erwerbstätigkeit von verheirateten Paaren erleichtert werden.

Insgesamt zeigt sich, dass der Steuerwettbewerb die notwendigen Impulse gibt, um die Konkurrenzfähigkeit ständig zu verbessern. Was international gilt, gilt auch für die Schweiz. Steuerwettbewerb ist und bleibt ein Modell mit Zukunft. Vereinheitlichung führt letztlich zu einer Vereinheitlichung nach oben. Der Druck auf die Effizienz geht verloren. Steuererhöhungen sind die Folge. Das wird auch die Konsequenz der von der SP im Wahljahr lancierten Steuerharmonisierungs-Initiative sein. Die Initiative will den Steuerwettbewerb einschränken. Die Steuerharmonisierungs-Initiative ist unweigerlich eine Steuererhöhungs-Initiative.

Mit Blick auf verschiedene Übernahmen, bzw. Übernahmeveruche von Schweizerischen Unternehmen durch ausländische Gesellschaften muss die **Transparenz im Rahmen der anstehenden Revision des Börsengesetzes verbessert werden.** Wir wollen keinen Heimatschutz betreiben, sondern im Interesse der Unternehmen und der Aktionäre eine Angleichung an bewährte internationale Standards.

Im Zusammenhang mit der häufig diskutierten **Frage der Corporate Governance** dürfen wir festhalten, dass die Schweiz gemäss internationalen Studien – dank des von der Wirtschaft selbst erarbeiteten **Swiss Codes** – einen Spitzenplatz belegt. Bezüglich der Frage der Entschädigungen konzentrieren wir uns auf Verbesserungen der Bestimmungen im genannten Swiss Code. Für mich persönlich stehen in dieser Frage folgende vier Prinzipien im Vordergrund:

1. Absolute Transparenz der Verfahren
2. Variabilität der Boni in beide Richtungen
3. Keine goldenen Fallschirme
4. Unabhängigkeit der Kompensationsausschüsse

Wettbewerbspolitik: Marktöffnung weiter vorantreiben

Offene Märkte bleiben eine Priorität von economiesuisse. Nur so kann die erwünschte Konkurrenz geschaffen werden. Sie generiert mehr Innovation, tiefere Preise und mit einer grösseren Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen auch bessere Qualität. Dies ist unsere Grundposition. Im Einzelnen stehen für uns folgende Postulate im Vordergrund:

1. Die Wirtschaft tritt mit Entschiedenheit für die **Beseitigung von Handelshemmnissen mit der Einführung des „Cassis-de-Dijon“-Prinzips** ein. Allerdings dürfen die inländischen Produzenten nicht diskriminiert werden, auch jene nicht, die nur für den Binnenmarkt produzieren. Nach wie vor behindern Sondervorschriften den Marktzugang. Auf Sondervorschriften muss gegenüber der EU konsequent verzichtet werden.
Die Abschaffung von Sondervorschriften öffnet den Schweizer Markt, Harmonisierungen und vertragliche Vereinbarungen sichern auch den Zugang für Schweizer Exportprodukte.
2. Der Staat greift in der Schweiz massiv in die Preisbildung ein. Weniger staatlich regulierte Preise heisst mehr Wettbewerb. Dies gilt bei den Post- und TV-Gebühren, bei Preisstützungen im Landwirtschaftsbereich, aber auch bei staatlichen Gebühren. Allein die Gebühren für staatliche Dienstleistungen haben sich von 1990 bis 2004 verdoppelt. Für Gebühren aller Art zahlen die Schweizerinnen und Schweizer 10,5 Mrd. Franken mehr. **Die Belastungen von Unternehmen und Konsumenten durch diese Kosten wachsen weit stärker als die übrigen Preise.** Die Hochpreisinsel lässt grüssen. Eine Trendwende bei den staatlich regulierten Preisen ist nicht erkennbar.
3. Im Vergleich zu Europa ist die Öffnung des Postmarkts im Hintertreffen. Die Kosten für den überfinanzierten Universaldienst zahlen Jahr für Jahr die Konsumenten. **Die rasche Öffnung des Postmarkts wäre ein echter Beitrag zur Senkung der Preise.** Die Grundversorgung wäre keineswegs gefährdet, zeigt doch die Post gerade in diesem Bereich ein positives Ergebnis.
4. Einen wichtigen Beitrag muss auch eine effiziente Gesundheitspolitik dank Wettbewerb im Spitalmarkt leisten. Spitäler sind bezüglich Infrastruktur und Kosten der wichtigste Bereich im Gesundheitswesen. **Ein starkes, innovatives und effizientes Gesundheitswesen ist ein wichtiger Standortfaktor.** Im zentralen Infrastrukturbereich der Spitäler braucht es mehr Wettbewerb. Die Planwirtschaft der Kantone im Spitalbereich führt in eine Sackgasse, darum braucht es einen echten Reformschritt. Wir plädieren für den Spitalbinnenmarkt Schweiz, auf dem medizinische Qualität und Kosten verglichen werden können.
5. Jeder Markt braucht Spielregeln. Das ist völlig klar. Marktöffnung ist deshalb nicht immer gleichzusetzen mit dem Abbau von Gesetzen. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist jedoch ganz entscheidend auch von der Regulierung abhängig. So ist beispielsweise die Dauer von Bewilligungsverfahren ein wichtiger Faktor der Standortattraktivität.

Die Liste zeigt, dass das Potenzial für Marktöffnungen in unserem Land beträchtlich ist. Neben dem Wettbewerb ist auch der Schutz des geistigen Eigentums ein zentrales Element einer innovativen Marktwirtschaft. Und in der heutigen Wissensgesellschaft ist der Patentschutz ein wichtiges Element im Standortwettbewerb. **Der Patentschutz darf jedoch nicht zu einer missbräuchlichen Abschottung von Märkten führen.** Solche Missbräuche sollen mit dem Kartellgesetz bekämpft werden. Die Einführung der regionalen Erschöpfung soll trotz bekannter Probleme nochmals geprüft werden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass unser Land die gute wirtschaftliche Situation nutzen muss, um die notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen anzupacken. Als Dachverband der Schweizer Wirtschaft, der KMU und Global Players vereint, werden wir entschieden am Ball bleiben. Der Erfolg der Schweiz basiert wesentlich auf dem Zusammenspiel von international orientierten Grossunternehmen und KMU, sowie vom Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz. Unser Engagement für das wirtschaftliche Wachstum ist ein Beitrag für das Wohl des Landes. So gewinnt die Schweiz. Auch in Zukunft.

Nun noch eine personelle Bemerkung: Ein Dachverband der Wirtschaft wie economiesuisse braucht einen ausgewiesenen Chefökonom. Herr **Dr. Rudolf Walser** hat diese Funktion hervorragend ausgeführt, wird aber Ende September in Pension gehen. Ein besonderer Dank gebührt ihm für die einjährige Verlängerung seiner Tätigkeit.

Sein Nachfolger ist **Prof. Dr. Rudolf Minsch**. Herr Minsch ist derzeit Professor für Volkswirtschaftslehre und angewandte Statistik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Chur und Leiter des Kompetenzzentrums „Makromodelle“ am Forschungsinstitut für Empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität St. Gallen. Er wird seine Tätigkeit bei economiesuisse am 1. Oktober 2007 aufnehmen.